

**31. Beilage im Jahre 2024 zu den Sitzungsberichten
des XXXI. Vorarlberger Landtages**

Selbstständiger Antrag

Beilage: 31/2024

An das
Präsidium des
Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 29. Februar 2024

**BETREFF: Zuwanderung in unser Sozialsystem stoppen – Sachleistungen
statt Bargeld für Asylwerber**

Sehr geehrter Herr Präsident!

In Deutschland einigten sich Ende Jänner 2024 14 von 16 Bundesländern auf die Einführung einer Bezahlkarte für Asylwerber. Dadurch soll etwa einer missbräuchlichen Verwendung der Leistungen entgegengewirkt und eine Beseitigung von Anreizen zur Zuwanderung in unser Sozialsystem erreicht werden.

Wir Freiheitliche sehen die Notwendigkeit der Umsetzung solcher Maßnahmen auch bei uns im Land. Für uns gilt: Die Leistungen aus der Grundversorgung sollen grundsätzlich als Sachleistungen ausgestaltet sein und durch die Implementierung einer Bezahlkarte soll es zur Streichung von Bargeldleistungen kommen.

Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) hat sich bereits dafür ausgesprochen, das Kartensystem für Asylwerber nach deutschem Vorbild auch in Österreich einführen zu wollen. Laut Medienberichten will der ÖVP-Innenminister bei einem geplanten Treffen der Landesflüchtlingsreferenten im Juni eine gemeinsame Vorgangsweise präsentieren.

Als Reaktion auf die in Deutschland geführte Diskussion rund um die Einführung einer Bezahlkarte für Asylwerber und auf die entsprechenden Äußerungen von ÖVP-Innenminister Karner hat sich auch Landesrat Gantner (ÖVP) positiv zu diesen Überlegungen geäußert und beim Scheitern einer angestrebten bundesweiten Lösung Überlegungen in Richtung einer eigenen Vorarlberg-Lösung angekündigt.

Für uns steht fest: Ein Kurswechsel in der Ausgestaltung der Leistungen an Asylwerber in der beschriebenen Form muss bei uns im Land erfolgen und darf nicht abhängig davon sein, ob es vielleicht irgendwann eine bundesweite Lösung gibt oder nicht. Vielmehr muss die Landesregierung sicherstellen, dass diese notwendigen Änderungen bei uns im Land unverzüglich umgesetzt werden und die Bezahlkarte in der Grundversorgung eingeführt wird.

Für uns ist klar, dass es die Aufgabe verantwortungsvoller Politik ist, alles zu unternehmen, um die illegale Masseneinwanderung und die Zuwanderung in unser Sozialsystem zu stoppen.

Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen daher gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtags folgenden

A N T R A G

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Vorarlberger Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich sicherzustellen, dass in Vorarlberg die Leistungen aus der Grundversorgung grundsätzlich als Sachleistungen ausgestaltet sein sollen und es durch die Implementierung einer Bezahlkarte zur Streichung von Bargeldleistungen kommt.“

KO Ing. Christof Bitschi

LAbg. Daniel Allgäuer

LAbg. Nicole Feurstein-Hosp

LAbg. Andrea Kerbleder

LAbg. Dr. Hubert Kinz